

**Auszug aus der Niederschrift
Sitzung des Umweltausschusses vom 26.03.2025**

- 13 Antrag der SPD-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht zum Thema Rattenpopulation und -bekämpfung in Oberhausen
 A/17/6412**

Für Herrn Prohl ist die Begründung verständlich. Auch aus eigener Beobachtung kann er eine hohe Population bestätigen. Er möchte erfahren, ob es eine datenbasierte Aufstellung zum diesem Thema gibt und welche Maßnahmen die Stadt Oberhausen bisher ergriffen hat.

Herr Bandel stellt einen Zusammenhang zwischen den Ratten und der Oberhausener Sicherheit und Ordnung her. Dies begründet er mit der illegalen Entsorgung von Müll.

Herr Jehn gibt an, dass die Population nicht messbar ist. Mit knapp 1400 Meldungen im Jahr 2024 konnte allerdings ein Anstieg der Beschwerden festgestellt werden. Diese teilten sich auf in 600 Meldungen für öffentliche Flächen und 800 Meldungen für privat genutzte Flächen. Insgesamt ist vor allem auf Flächen, in deren Nähe Nahrung zugänglich ist, ein verstärktes Problem festzustellen. Dabei nutzen die Tiere die Kanalisation zur Fortbewegung.

Auf privaten Grundstücken sind zunächst die Eigentümerinnen und Eigentümer in der Handlungspflicht. Auf öffentlichen Grundstücken wird die Stadt Oberhausen tätig.

Auf privaten Grundstücken müssen Privatpersonen tätig werden. Ergänzend hat die Stadt Oberhausen ein Unternehmen beauftragt, das 700 Termine ermöglicht. Die Kosten werden durch die Stadt Oberhausen übernommen, welche hier unterstützend wirkt. Vertragspartner übernehmen gemeinsam mit der WBO die Bekämpfung auf öffentlichen Grundstücken und in der Kanalisation. Die WBO nutzt Belegungskästen um Ratten effektiver zu bekämpfen. Diese sammeln Daten, die automatisch an die WBO übertragen werden. Lokale Hotspots können entsprechend erkannt werden.

Herr Jehn sieht in der Rattenbekämpfung eine Gemeinschaftsaufgabe und nennt die Müllbeseitigung als zusätzlichen Faktor für Erfolge.

Herr Prohl nimmt die steigende Tendenz ebenfalls wahr. Den Aufbau des Monitorings begrüßt er. Auch bestätigt er, dass das durch Menschen verursachte Müllproblem das Wachstum der Population begünstigt. Fraglich ist für ihn, ob die eingesetzten Gifte auch weiterhin genutzt werden können, da es in der Vergangenheit Änderungen auf Europaebene gegeben hat. Außerdem erkundigt er sich, ob zusätzlich Schlagfallen eingesetzt werden.

Die gesetzlichen Änderungen haben lt. Frau Hadrossek keine Auswirkungen auf das bisherige Handeln der Stadt Oberhausen. Sie sieht momentan eine Grauzone, die nun genutzt wird.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache B/17/6412 zur Kenntnis.